Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: { Schriftleitung: Amt Lützow 3894 / Geschäftsstelle: Amt Lützow 3846

Postscheckkonto: Berlin 25432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preis von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 23. [56. Jahrgang.] Mittwoch den 24. Januar 1917. Zweite Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 23.

Berlin, den 23. Januar.

Der Krieg.

Seegefecht in den Hoofsen.

Berlin, 23. Januar. (W. T. B.) Bei einer Unternehmung von Teilen unserer Torpedobootsstreitkräfte kam es am 23. früh in den Hoofsen zu einem Zusammenstoß mit englischen leichten Streitkräften. Hierbei wurde ein feindlicher Zerstörer während des Kampfes vernichtet, ein zweiter wurde nach dem Gefecht von unseren Flugzeugen in sinkendem Zustande beobachtet. Von unseren Torpedobooten ist eines durch erlittene Havarie in Seenot geraten und hat nach eingegangenen Meldungen den holländischen Hafen Dwaildem angelaufen. Unsere übrigen Boote sind vollzählig mit geringen Verlusten zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Ueberschreitung des südlichen Donau-Armes durch die Bulgaren.

Zu der jüngsten Mitteilung des Generalstabes über den Uebergang der Bulgaren über den südlichen Donau-Arm bei Tulcea wird der Korrespondenz „Heer und Politik" geschrieben:

Nach mehrwöchiger Pause sind wieder bedeutsame Vorgänge im Raume von Tulcea zu melden, denn die Bulgaren haben hier den südlichen Donau-Arm überschritten. Es handelt sich um den St. Georgs-Arm, der von der ersten Gabelung an, wo sich die Donau in den St. Georgs-Arm und Kilia-Arm teilt, eine Länge von 125 Kilometer hat, und von der zweiten Gabelung an, wo der Sulina-Arm wenige Kilometer östlich von Tulcea ins Meer abfließt, eine Länge von 110 Kilometer hat. Tulcea, wo jetzt der Uebergang stattfand, liegt zwischen der ersten und zweiten Gabelung ungefähr in der Mitte. Der St. Georgs-Arm, der auf türkisch „Kahidr-Ilis" heißt, ist verhältnismäßig wasserarm und hat ungefähr eine Breite von 400 Meter. Bei Tulcea ist der Uebergang über das Sumpfdelta der Donau, das nunmehr als Kriegsschauplatz hier in Betracht kommt, sehr schmal, da die beiden nördlichen und südlichen Mündungsarme der Donau von Tulcea aus als die Schenkel eines spitzen Winkels weit auseinandergehen. Das ganze Sumpfdelta hat durch die ungeheure Ausdehnung der Mündungsarme einen Flächenraum von mehr als 2500 Quadratkilometer, da die Mündungsarme auf der weitesten Strecke bei dem Einfluß in das Schwarze Meer 90 Kilometer auseinanderliegen. Bei Tulcea dagegen hat das Sumpfland nur eine Tiefe von ungefähr 15 Kilometer. Gegenüber von Tulcea, wo die bulgarischen Truppen das Nordufer des südlichen Mündungsarmes gegen russische Angriffe behaupteten, liegt auf dem nördlichen Mündungsarm, dem Kilia-Arm, die russische Festung Ismail zum Schutz gegen einen Uebergangsversuch an dieser schmalen Stelle des Donau-Deltas. An Ismail lehnt sich offenbar die russische Südflanke in Verlängerung über Galatz hinaus an, da Ismail rund 60 Kilometer östlich von Galatz gelegen ist. Die Südflanke Rußlands hat den besten Schutz in dem Donau-Delta, das sich allerdings nur von Tulcea ostwärts als breites Sumpfland vorlegt und durch seinen schlechten Boden, sowie durch die ungeheuren Rohr- und Schilfpflanzen ein beträchtliches Hindernis für den Vormarsch eines siegreichen Feindes bildet. Trotzdem ist auch nach dieses Land durch den befestigten Platz Kilia, der auf der Mitte des nach ihm genannten Kilia-Armes liegt, geschützt. Die Wahl des Raumes von Tulcea als Uebergangsort hat somit eine der günstigsten Stellen berücksichtigt, die für die Ueberschreitung des Donaulandes in Betracht kommen. Schon vor der Ueberschreitung des St. Georgs-Armes durch die Bulgaren war es hier mehrfach zu kriegerischen Unternehmungen gekommen, welche darauf hindeuten, daß die Ruhe an dieser Stelle des Kriegsschauplatzes nur eine scheinbare war. Mehrfach hörten wir, daß russische Dampfer und Transportschiffe hier auf der südlichen Donau von Bulgaren angegriffen und vertrieben worden waren. Nachdem alle vorbereitenden Maßnahmen für den Uebergang bis ins kleinste durchgeführt waren, konnte nunmehr die Ueberschreitung des St. Georgs-Armes durch die Bulgaren mit dem mehrfach bewährten Erfolge vor sich gehen, der bisher bei allen Flußüberschreitungen durch unsere verbündeten Truppen beobachtet worden ist. Im Gebirge haben unsere Truppen dem Feinde starke Höhenstellungen entrissen, die sie gegenüber den wütenden Angriffen zu behaupten und durch starke Befestigungen auszubauen vermochten. Es sind hiermit sehr starke Stützpunkte zur Abwehr feindlicher Angriffe geschaffen worden. Noch weiter gegen Südosten führt unsere Stellung an der Putna entlang mit dem Stützpunkt bei Focsani, um von hier aus an den Sereth zu gelangen. Hier bildet am Mittellauf des Flusses der Brückenkopf von Nanesti einen neuen Stützpunkt, während die gesamte Linie auf dem rechten Flügel sich an das Befestigungsfeld von Braila anlehnen kann. Der Sereth liegt nunmehr hier zwischen unserer Front und der der Feinde, und bildet eine breite, trennende Wasserstraße, deren Brücken unter unserem Feuer liegen. Der Bedeutung dieses Ereignisses gegenüber sind die jüngsten, in unserem Generalstabsbericht erwähnten Kampfhandlungen in den Oststarpathen, in dem zur Moldau führenden Gebirge und am Putna-Fluß nur von untergeordneter Bedeutung.

Seekrieg.

Bern, 22. Januar. Die französische Presse erklärt im allgemeinen, daß die von dem deutschen Hilfskreuzer angewandten Aufbauten zur Unkenntlichmachung Seeräuberei seien. „Figaro" wendet sich scharf gegen diese Auslegung und sagt, man solle sich in so ernsten Fällen nicht lustig machen; es handle sich um rechtlich durchaus zulässige Kriegslisten.

* * *

Bern, 22. Januar. Wie das Pariser „Journal" aus Rio de Janeiro meldet, haben der brasilianische Präsident und der Minister des Aeußern angesichts der verstärkten Kriegstätigkeit in der Nähe der Küste beschlossen, die Ueberwachung der nordbrasilianischen Küste durch die sofortige Entsendung des Küstenpanzerschiffes „Deodoro" zu verschärfen.

* * *

Kopenhagen, 23. Januar. Vor dem hiesigen Seehandelsgericht fand heute das Seeverhör wegen der Versenkung des dänischen Dampfers „Zuhorr" statt, der auf der Pflichtreise mit Kohlen vom Tyne nach Gibraltar unterwegs gewesen war. Wie die Blätter berichten, wurde im Verhör allseitig das menschliche Verhalten des deutschen Tauchbootkommandanten rühmend hervorgehoben. Nach der Versenkung des Dampfers hatte das Unterseeboot die Boote mit der Besatzung sieben Stunden lang im Schlepptau. Gegen Abend tauchte der norwegische Dampfer „Cuba" auf, der vom Unterseeboot durch Warnungsschuß angehalten wurde. Als der norwegische Kapitän mit den Schiffspapieren sich auf dem Unterseeboot einfand, erklärte der Kommandant, daß er eigentlich den Dampfer versenken müßte, der seit einem halben Jahre zwischen Frankreich und England hin- und herfuhre und sich jetzt in Ballast auf der Rückreise nach England befände. Er wolle aber die Dampferbesatzungen nicht auf dem Meere in der Nacht ihrem Schicksal überlassen und werde daher den Dampfer freigeben. Der norwegische Kapitän mußte sich schriftlich an Ehdesstatt verpflichten, die dänische Besatzung aufzunehmen und niemals wieder — weder er persönlich noch sein Dampfer — mit Bannware für die Alliierten zu fahren. Darauf wurde der Dampfer vom Unterseeboot freigegeben.

Französische Betrachtungen über die deutsche Einmütigkeit.

Paris, 22. Januar. Anläßlich der Kundgebungen der deutschen Arbeiterschaft an den Reichskanzler schreibt „Journal": Die deutschen Arbeiter unterstützen ihre Regierung, weil sie überzeugt sind, daß diese ihrer Sache dient. Dies ist verständlich, denn keine andere Regierung zeigte mehr Fürsorge für die wahren Interessen der Arbeiter. In allen sozialen und Organisationsfragen stand Deutschland an der Spitze. Das Programm der Entente bedeutet für die deutsche Arbeiterschaft die Rückkehr zu dem eisernen Zeitalter, einen Rückschlag um 100 Jahre. „Temps" sagt: Je länger der Krieg dauert, um so bestürzter ist man über die Geistesverfassung Deutschlands.

Bemerkenswerte russische Disziplinlosigkeit.

Berlin, 23. Januar. Ein gefangener Russe des 17. sibirischen Schützenregiments sagt aus: Das 17. und 18. sibirische Schützenregiment waren bei den letzten Kämpfen im Brückenkopf von Riga für den ersten Angriff bestimmt worden, sie weigerten sich jedoch vorzugehen, da das 1. Bataillon des 17. sibirischen Regiments nicht angreifen wollte. Die Offiziere des Bataillons machten keinen Versuch, ihre Leute umzustimmen und trafen auch sonst keine Vorbereitungen zu einem Angriff. Sie verblieben vielmehr in ihren Stellungen, so, als ob nie ein Angriffsbefehl gegeben worden wäre. Darauf wurden die sibirischen Schützenregimenter 17 und 18 durch die sibirischen Schützenregimenter 19 und 20 abgelöst und kamen in Reservestellung. Dort wurde das 1. Bataillon des 17. sibirischen Schützenregiments durch die drei anderen Bataillone desselben Regiments entwaffnet. Dies gelang aber erst nach 1½ tägigen Verhandlungen, da die Mannschaften des 2., 3. und 4. Bataillons sich weigerten, auf ihre Kameraden zu schießen. Hierauf wurden noch am selben Tage 24 Leute des 1. Bataillons kurzerhand erschossen, 40 weiteren Mannschaften steht noch dasselbe Los bevor. Das ganze Bataillon wurde darauf ohne Waffen ins Innere des Landes transportiert.

Zur Lage in Rußland.

Bern, 22. Januar. Der russische Botschafter in Paris gibt in der französischen Presse bekannt, die Rückkehr Stürmers ins Ministerium des Aeußern habe nur Titularwert. „Temps", dessen Ausführungen sich mit denen der übrigen Presse ziemlich decken, schreibt, in allen Hauptpunkten der Kriegführung und in der Friedensfrage herrsche Uebereinstimmung zwischen dem Zaren und der Duma.

Schwedens Neutralität.

Stockholm, 23. Januar. In der Ersten Kammer hob Trygger, Führer der Rechten, die Verdienste der Regierung hervor, die dazu beigetragen habe, daß Schweden sich dem Kriege habe fern halten können, und bewirkt habe, daß Schweden in anderen neutralen Ländern als Vorbild anerkannt und geachtet sei. Wenn irgendeine Macht versuchen wollte, Schweden zum Verlassen seiner Neutralität zu zwingen, sollte sie bedenken, daß sie dann einem Volke begegnen würde, das seine Selbständigkeit bis zum Aeußersten zu verteidigen wisse. An dem Haushaltsentwurf übte der Redner in gewisser Hinsicht Kritik. Der Führer der Liberalen Kvarnzelius erklärte, die liberale Partei schließe sich der unerschütterlichen Neutralitätspolitik der Regierung an und sei überzeugt, daß die Regierung den ehrlichen Willen habe, diese auch fernerhin aufrecht zu erhalten. Weitere Redner der Liberalen und der Sozialdemokraten übten gleichfalls Kritik am Budget und an der inneren Politik. Dagegen sprachen sie mit Genugtuung von den Plänen zur Preisregulierung. Nachdem die Kritiken vom Finanzminister beantwortet worden waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Stockholm, 23. Januar. In der Zweiten Kammer erklärte Ministerpräsident Hammarskjöld, er könne keine neuen aufsehenerregenden Erklärungen abgeben. Der Standpunkt der Regierung sei sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik noch derselbe, der wohlbekannt sei. Es würde keine größere Klarheit herbeiführen, wenn die Regierung versuchen würde, ihre Absichten und Bestrebungen aufs neue darzulegen. Es sei klar, daß es gelte, das Wohl des Landes zu sichern. Als Beispiel für die großen Schwierigkeiten in Schweden führte der Ministerpräsident die Regulierung der Brotverteilung an, die unvermeidlich sei. Der Reichstag habe das Recht und die Pflicht, mit der Regierung Sorge und Verantwortung zu teilen. Zwischen der Regierung und dem Reichstage bestehe in dem großen Programm der Kriegszeit grundsätzliche Uebereinstimmung. Man erwarte von dieser Debatte neue Vorschläge für das, was geschehen solle, aber die Regierung müsse sich vorbehalten, sie zu prüfen und könne nicht den Ratschlägen und Weisungen von dieser oder jener Seite blind folgen. Gewisse Fragen außenpolitischer Natur, wie die jetzigen Verhandlungen, könnten nicht in offener Debatte erörtert werden.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten führte Eden, der Führer der Liberalen, aus: mit allgemeiner Zufriedenheit sei der Teil der Thronrede begrüßt worden, in dem erklärt werde, daß das große Ziel noch immer sei, die Unabhängigkeit und Neutralität des Reiches zu sichern. Mit Sicherheit könne gesagt werden, daß das ganze Land diesen Standpunkt teile. Den Grundsätzen der Regierung in den außenpolitischen Fragen schließe er sich an. Den Haushaltsentwurf im Gesamtbereich von über 350 Millionen fand der Redner in gewissen Punkten zu umbestimmt. Redner kritisierte auch den Mangel an Zusammenarbeit der Regierung mit dem Reichstag und erklärte, die Regierung sei durch gewisse Handlungen den Rechten des Reichstags zu nahe getreten. Anden, Sozialdemokrat, richtete eine scharfe Kritik gegen das Budget sowie gegen die Handels- und Lebensmittelpolitik der Regierung. Lindman, Führer der Rechten, betonte die großen Schwierigkeiten bei der Lösung der infolge der Kriegszeit aufgetauchten Fragen. Ein Ende des Krieges könne nicht bald erwartet werden. Da die neutralen Länder einer rücksichtslosen Behandlung als früher ausgesetzt würden, müßten sie selbst ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Die Stellung Schwedens für die Zukunft sichern, sei das Hauptziel. Schweden dürfe nach dem Kriege in keiner Hinsicht eine ungünstigere Stellung als Staat einnehmen, sondern müsse ebenso stark wie vor dem Krieg dastehen. Jede Maßnahme müsse in voller Beobachtung der Neutralitätsverpflichtungen Schwedens getroffen werden. Schwedens Rechte seien in mehreren Fällen nicht geachtet worden. Von außerordentlicher Bedeutung sei, daß das Wirtschaftsleben durch die Sicherung der Zufuhr aufrecht erhalten werde. Freiherr Adelsmaerd (liberal) erklärte, die Hauptsache sei, dem Kriege ein Ende zu machen, und zwar nicht nur dem gegenwärtigen Kriege. Es sei um keinen Tag zu früh, daß die neutralen Länder sich an ein auf einen dauerhaften Frieden gegründetes Staatswesen anschlössen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gebe es kaum etwas Wichtigeres als ein Zusammenhalten der nordischen Völker. Diese Arbeit werde hoffentlich im Interesse der Menschheit reiche Früchte tragen. Es sei ein würdiges Ziel der drei nordischen Länder, die Initiative zu einer Konferenz der neutralen Mächte zu ergreifen.

Nachdem Redner der linken Parteien ihre Kritiken in verschiedenen Fragen der inneren Politik der Regierung vorgebracht hatten und diese vom Justizminister beantwortet worden waren, faßte der Führer der Sozialdemokraten, Branting diese dahin zusammen, daß vieles unbeantwortet geblieben sei, besonders die Fragen wegen der schlechten Führung der Handelspolitik, wegen des Verfahrens des Regierungschefs gegen den Geheimausschuß, der mehrmals bei wichtigen Beschlüssen nicht befragt worden sei. Der Tadel sei scharf gewesen, weil es sich darum handele, ob der Reichstag zur Seite geschoben werden solle oder nicht.

Der Ministerpräsident wies in seiner Antwort die Beschuldigung, daß die Handelsinteressen vernachlässigt worden seien, zurück und erklärte, der Geheimausschuß sei nicht übergangen worden. Die Regierung habe keineswegs das Bestreben, den Reichstag zurückzusetzen. Der Ministerpräsident schloß: Ich und meine Kollegen wünschen, mit dem Reichstag zusammenzuarbeiten. Wir bieten ihm unsererseits die Hand und stellen es dem Reichstag nochmals anheim, zur Lösung jener wichtigen Fragen beizutragen, welche in dieser Zeit der Gefahr und Not bei uns vorliegen.

Nach kurzen Ausführungen Brantings, Edens, Andens und Lindmans wurde die Debatte um 3 Uhr nachts geschlossen und der Budgetvoranschlag an einen Ausschuß überwiesen.

Zur Kriegslage.

Berlin, 23. Januar 1917, abends. (W. T. B.)

Im Westen nur geringe Gefechtstätigkeit.

An der Ostfront ist südwestlich von Riga der Artilleriekampf aufgelebt.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 23. Januar 1917. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Bulgaren gewannen bei Tulcea das Nordufer des St. Georgsarmes. An der unteren Putna wurden russische Vorstöße abgewiesen, ebenso fühlten südlich des Casinutals feindliche Abteilungen vergeblich in unsere Stellungen vor.

Bei der Armee des Generalobersten von Koeveß stellenweise lebhafterer Geschützkampf.

Weiter nördlich ist bei den K. und K. Truppen nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nächst Görz nahmen unsere Jagdkommandos einen feindlichen Graben, brachten drei Offiziere und 134 Mann als Gefangene ein und erbeuteten 3 Maschinengewehre. Sonst ist die Lage unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die Vereinigten Staaten und die Entente.

New York, 22. Januar. (Funkspruch vom Vertreter des W. T. B.) „New York American" meldet aus Washington, daß der Angriff des amerikanischen Botschafters in Rußland auf die Beschlüsse der Alliierten auf der Pariser Wirtschaftskonferenz, der aus Telegrammen aus Petersburg gestern bekannt wurde, ungewöhnliches Interesse erregt habe und hier als eine ermächtigte Kundgebung Amerikas angesehen werde, das Handelsprogramm der Alliierten zu bekämpfen, falls der Versuch gemacht worden sollte, es zur Ausführung zu bringen.

New York, 22. Januar. (Funkspruch vom Vertreter des W. T. B.) „Evening Mail" erfährt aus Washington, daß vor zwei Wochen der britische Botschafter dem Staatsdepartement eine Note überreicht habe, in der England aufsehenerregende Beschuldigungen gegen die Vereinigten Staaten erhebe, weil sie aus absichtlicher Nachlässigkeit gestattet hätten, daß deutsche Verschwörungen auf amerikanischem Boden geplant und zur Reife gebracht würden. Weiter wird gesagt, die Note lege den Grund, um nach dem Kriege riesige Schadenersatzansprüche gegen die Vereinigten Staaten hinzuführen wegen angeblicher Verletzung der Neutralität. Die Meldung schließt mit der Angabe, es sei nicht sicher, ob dieser englische Schachzug den riesigen Schadenersatzansprüchen gegen England vorgreifen solle, die wegen der ungesetzlichen Einmischung in den amerikanischen Handel beständen. Es sei allgemein bekannt, daß diese Ansprüche jetzt zwischen ½ und ¾ Milliarden Dollar betrügen.

Eine Botschaft Wilsons an den Senat.

(Schluß.)

Die Botschaft des Präsidenten Wilson, deren Anfang in der ersten Ausgabe mitgeteilt wurde, fährt fort:

Ich will nicht sagen, daß irgend eine amerikanische Regierung irgendwie sich irgend welchen Friedensbedingungen entgegenstellen würde, auf welche die gegenwärtigen kriegführenden Regierungen sich einigen möchten, noch daß sie es versuchen würde, solche Vereinbarungen, wenn sie geschlossen sind, umzustoßen, von welcher Art sie auch immer sein mögen. Ich halte es lediglich für ausgemacht, daß bloße Friedensvereinbarungen zwischen den Kriegführenden nicht einmal die Kriegführenden selbst befriedigen werden. Bloße Vereinbarungen dürften den Frieden nicht sichern; es wird unbedingt nötig sein, daß eine Kraft geschaffen wird, die imstande ist, die Dauerhaftigkeit der Abmachung zu verbürgen, eine Kraft, weit größer als diejenige irgendeiner der jetzt in Mitleidenschaft gezogenen Nationen oder irgend eines bisher gebildeten oder geplanten Bundnisses, so daß keine Nation und keine wahrscheinliche Vereinigung von Nationen ihr die Stirn bieten oder ihr widerstehen könnte. Wenn der jetzt zu schließende Frieden dauerhaft sein soll, so muß es ein Frieden sein, der gesichert erscheint durch eine erganzterte größere Kraft der Menschheit. Von den Bestimmungen des unmittelbaren Friedens, auf den man sich geeinigt haben wird, wird es abhängen, ob es ein Friede ist, für den eine solche Bürgschaft gesichert werden kann. Die Frage, von der für die Zukunft Friede und Glück in der Welt in ihrer Gesamtheit abhängt, ist die: Ist der gegenwärtige Krieg ein Kampf um einen gerechten und sicheren Frieden oder nur für ein neues Gleichgewicht der Kräfte (balance of power)? Wenn es nur ein Kampf für ein neues Gleichgewicht ist, wer will, wer kann die Stabilität der neuen Vereinbarung verbürgen? Nur ein ruhiges Europa kann ein dauerhaftes Europa sein. Nicht Gleichgewicht, sondern Gemeinsamkeit der Macht ist notwendig; nicht organisierte Nebenbuhlerschaft, sondern organisierter Gemeinsinn.

Glücklicherweise haben wir über diesen Punkt sehr ausführliche Versicherungen erhalten. Die Erklärungen der beiden jetzt gegeneinander aufgebotenen Völkergruppen stellen in nicht mißzuverstehender Weise fest, daß es nicht in ihrer Absicht liege, ihre Gegner zu vernichten. Aber es mag vielleicht nicht allen klar sein, was diese Erklärungen in sich schließen. Die Auffassung hierüber mag vielleicht auch nicht dieselbe auf beiden Seiten des Wassers sein. Ich denke, daß es dienlich sein möchte, wenn ich auseinanderzusetzen versuche, was nach unserer Meinung in diesen Versicherungen begriffen ist. Es ist darin von allen begriffen, daß es Frieden werden muß ohne Sieg. Es möge mir gestattet sein, dies auf meine Art auszulegen, und es möge wohl verstanden werden, daß ich keine andere Deutung im Sinne hatte. Ich suche lediglich die Wirklichkeit ins Auge zu fassen und sie ins Auge zu fassen ohne Heimlichkeiten, die nicht am Platze wären. Ein Sieg würde einen Frieden bedeuten, der den Unterlegenen aufgezwungen wird, das den Besiegten auferlegte Gesetz des Siegers. Er würde als Demütigung, als Härte, als unerträgliches Opfer angenommen werden, er würde einen Stachel, Rachsucht, ein bitteres Gedenken hinterlassen, auf dem das Friedensgebäude nicht in dauerhafter Weise, sondern nur wie auf Flugsand ruhen würde. Nur ein Friede unter Gleichen kann Dauer haben. Nur ein Friede, dessen Grundprinzip Gleichheit und gemeinsame Teilhaberschaft am gemeinsamen Nutzen ist, ist die richtige Gesitesverfassung. Die richtige Gesinnung unter den Nationen ist für einen dauerhaften Frieden ebenso notwendig, wie die gerechte Lösung von streitigen Gebietsfragen oder von Fragen über Rassen- und Stammeszugehörigkeit (racial and national allegiance). Die Gleichheit der Nationen, auf die der Friede, wenn er dauerhaft sein soll, gegründet sein soll, gegründet sein muß, muß die Gleichheit der Rechte sein. Die gegenseitigen Bürgschaften dürfen den Unterschied zwischen Großen und Kleinen, Mächtigen und schwachen Völkern, weder ausdrücklich anerkennen noch stillschweigend in sich begreifen. Das Recht muß gegründet sein auf die gemeinsame Kraft, nicht auf individuelle Nationen, von deren Zusammenwirken der Friede abhängen wird. Gleichheit der Gebiete oder Hilfsmittel kann es nicht geben. Ebenso wenig irgendeine andere Art der Gleichheit, die nicht in der gewöhnlichen friedlichen gesetzesmäßigen Entwicklung der Völker selbst erworben werde. Aber niemand verlangt oder erwartet irgend etwas, das über die Gleichheit der Rechte hinausginge. Die Menschheit hält jetzt Ausschau nach der Freiheit des Lebens, nicht nach dem Gleichgewicht der Macht.

Und etwas Tieferes kommt in Betracht als selbst die Gleichberechtigung unter den organisierten Völkern: Kein Friede kann dauern, oder verdient zu dauern, der nicht den Grundsatz anerkennt und annimmt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten, und daß es nirgends ein Recht gibt, Völker von Machthaber zu Machthaber abzutreten, als wenn sie Eigentum wären. Ich halte es z. B., wenn ich ein einzelnes Beispiel sagen soll, für ausgemacht, daß die Staatsmänner überall darin einig sein, daß es ein einziges, unabhängiges, selbständiges Polen geben sollte, und daß weiter unverletzliche Sicherheit des Lebens, des Gottesdienstes, der individuellen und sozialen Entwicklung allen Völkern gewährleistet werden sollte, die bis jetzt unter der Macht von Regierungen gelebt haben, die einem Glauben und einem Zwecke gewidmet sind, der ihrem eigenen feindlich ist. Wenn ich hiervon spreche, so geschieht dies nicht, weil ich wünsche, ein abstraktes politisches Prinzip zu bestimmen, das denen, welche die Freiheit in Amerika aufzubauen gesucht haben, immer sehr teuer war, sondern aus denselben Gründen, aus denen ich von den anderen Friedensbedingungen gesprochen habe, welche wir in klarer Weise unerläßlich erkennen, weil ich aufrichtig wünsche, Wirklichkeiten aufzudecken, Irrende ein Friede, der diesen Grundsatz nicht anerkennt und annimmt, wird unvermeidlich umgestoßen werden. Er wird nicht auf den Neigungen oder Ueberzeugungen der Menschheit ruhen. Das Ferment des Geistes ganzer Völker wird gegen ihn gärend und beständig ankämpfen und die ganze Welt wird mit ihnen sympathisieren. Die Welt kann nur dann friedlich sein, wenn ihr Leben auf dauerhafter Grundlage beruht, und eine dauerhafte Grundlage kann nicht vorhanden sein, wo